

Ressort: Politik

Schulz und Oppermann: EU-Kommission soll Deutschland beim EEG helfen

Berlin/Brüssel, 25.01.2014, 14:34 Uhr

GDN - Führende Sozialdemokraten haben die EU-Kommission aufgefordert, sich beim Umgang mit dem deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beweglich zu zeigen und Deutschland zu helfen. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), sagte der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung": "Es wäre im Sinne des Klimaschutzes wichtig, die Regeln der EU so flexibel auszulegen, wie es möglich ist, ohne das Recht zu verletzen."

Das sagte er auch als Kandidat für die EU-Kommissionspräsidentschaft, ergänzte der Sozialdemokrat. "Man kann die Befreiung von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen in Deutschland als Beihilfe betrachten. In der EU-Kommission gibt es derzeit eine Neigung, das zu tun. Das ist aber eine technische Argumentation." Schulz betonte die Bedeutung der vor allem in Deutschland betriebenen Umstellung auf erneuerbare Energien. "Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt", sagte der EU-Parlamentspräsident. "Das drittgrößte Industrieland der Welt will trotz steigenden Energiebedarfs auf Atomstrom verzichten, die Nutzung fossiler Energien verringern und durch den Einsatz erneuerbarer Energien beweisen, dass Wirtschaftswachstum auch mit dem Schutz des Klimas vereinbar ist." Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Thomas Oppermann, äußerte sich ähnlich. Die deutschen Verbraucher bezahlen für die Abkehr von Atomkraft und Kohle, sagte Oppermann in einem Interview mit der Zeitung. Davon profitierten auch andere Länder. "Die EU-Kommission sollte uns auf diesem Wege helfen. Sie darf uns nicht die Möglichkeit nehmen, energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, im Land zu halten." Diese Unternehmen würden mit Zusatzkosten belastet, die es in anderen Ländern gar nicht gebe, sagte Oppermann. "Von der industriellen Stärke Deutschlands profitiert ganz Europa."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-28999/schulz-und-oppermann-eu-kommission-soll-deutschland-beim-eeg-helfen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619